



So wollen wir leben!

Über 450.000 Menschen reden Klartext

Ergebnisse und Analysen
aus der Befragung der IG Metall
vom 1. April bis 30. Juni 2009

GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN



Inhaltsverzeichnis	Seite
Die Befragung	3
Quantitative Ergebnisse	5
Qualitative Ergebnisse	10
Forderungen der IG Metall	16
Anhang: Methode und Studiendesign Übersicht über alle quantitativen Ergebnisse der Befragung	19

Impressum:
IG Metall Vorstand
Wilhelm-Leuschner-Str. 79
60329 Frankfurt am Main

Juli 2009

Die Befragung: „Deine Stimme für ein gutes Leben“

Mit der Kampagne „Gemeinsam für ein gutes Leben“ verbindet sich die größte Befragung, die Gewerkschaften je gemacht haben. Gefragt wurde danach, was die Mitglieder, die Beschäftigten im Organisationsbereich der IG Metall, die Menschen in Deutschland denken und fordern, wenn es darum geht, ein sicheres und gutes Leben zu führen.

Wer anders könnte den Dialog unter den Überschriften „Was muss sich ändern?“ und „Was ist Dir wichtig?“ besser führen als die IG Metall?

In den Monaten April und Juni haben zigtausende aktive Metallerinnen und Metaller, Jugend- und Auszubildendenvertreter, Vertrauensleute und Betriebsräte hunderttausende Gespräche zu den Themen der Kampagne geführt. Die Befragung wurde unterstützt durch eine Roadshow. Zwei Gute-Leben-Trucks waren bundesweit unterwegs, um vor Ort Aktionen und Werbung zu machen. Unter www.gutes-leben.de konnten Interessierte nicht nur den Fragebogen ausfüllen, sondern auch weitere Informationen erhalten.

Mehr als 450.000 Menschen haben ihre Meinung nicht nur im Gespräch, sondern auch schriftlich geäußert und den Fragebogen sorgfältig ausgefüllt. Über 450.000 Fragebögen sind ein starkes und aussagekräftiges Votum zu den Kernthemen insbesondere der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer Familien.

Der hohe Rücklauf aus den Betrieben bestätigt die starke betriebliche Verankerung und Anerkennung der IG Metall bei den Beschäftigten. Die direkte Ansprache ist nach wie vor das erfolgreichste Mittel, um mit Menschen zu kommunizieren. Das bestätigt auch den Ansatz der beteiligungsorientierten Betriebspolitik.

Die Zustimmungswerte zu allen Aussagen sind grundsätzlich hoch. Das zeigt, dass die IG Metall mit den gewählten Aussagen die Interessen der Befragten getroffen haben. Die detaillierte Auswertung belegt darüber hinaus, dass die Kreuze sehr bewusst gemacht wurden. Die Befragten haben ihre Meinung differenziert dargestellt. Die intensive Beschäftigung mit dem Fragebogen und die Mitteilungsbedürftigkeit an Politik und Wirtschaft wird auch in den ca. 180.000 Antworten auf die offenen Fragen deutlich.

So wenig Zutrauen die Menschen in die Politik haben, so sehr vertrauen sie darauf, dass die IG Metall ihren Ängsten und Sorgen – aber auch ihren Anforderungen an Politik und Wirtschaft – eine unüberhörbare Stimme verleiht.

Wir haben von vornherein keinen Zweifel daran gelassen, dass wir die Befragungsergebnisse und die daraus resultierenden Forderungen mit aller uns zur Verfügung stehenden Kraft in den Bundestagswahlkampf einbringen. Wir erwarten jetzt von allen Parteien, dass sie einen Politikwechsel vollziehen. Und: wir werden das politische Handeln des Bundestags und der Bundesregierung in den nächsten vier Jahren danach beurteilen, ob es den Forderungen der Beschäftigten entspricht – unabhängig davon, welche Parteienkoalition die zukünftige Regierung bildet.

Die IG Metall hat mehr Mitglieder als alle politischen Parteien zusammengenommen. Wir haben Strukturen, die es uns ermöglichen, betriebs- und tarifpolitisch selbst zu handeln. Das werden wir selbstverständlich anhand der durch die Befragung gesetzten Prioritäten auch tun.

Wir fordern mit und im Auftrag aller Befragten, die unerträglichen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen zu verändern, die zu Vorteilen für eine Minderheit und zum Nachteil der Mehrheit der Menschen in unserem Land geführt haben. Den Parteien scheint der Blick für die Realität der Beschäftigten, die gesellschaftliche Spaltung und die andauernde Ungerechtigkeit verloren gegangen zu sein. Wenn die Politikerinnen und Politiker nicht den Rest des Vertrauens bei den Beschäftigten auch noch verlieren wollen, tun sie gut daran, die Befragungsergebnisse sehr ernst zu nehmen.

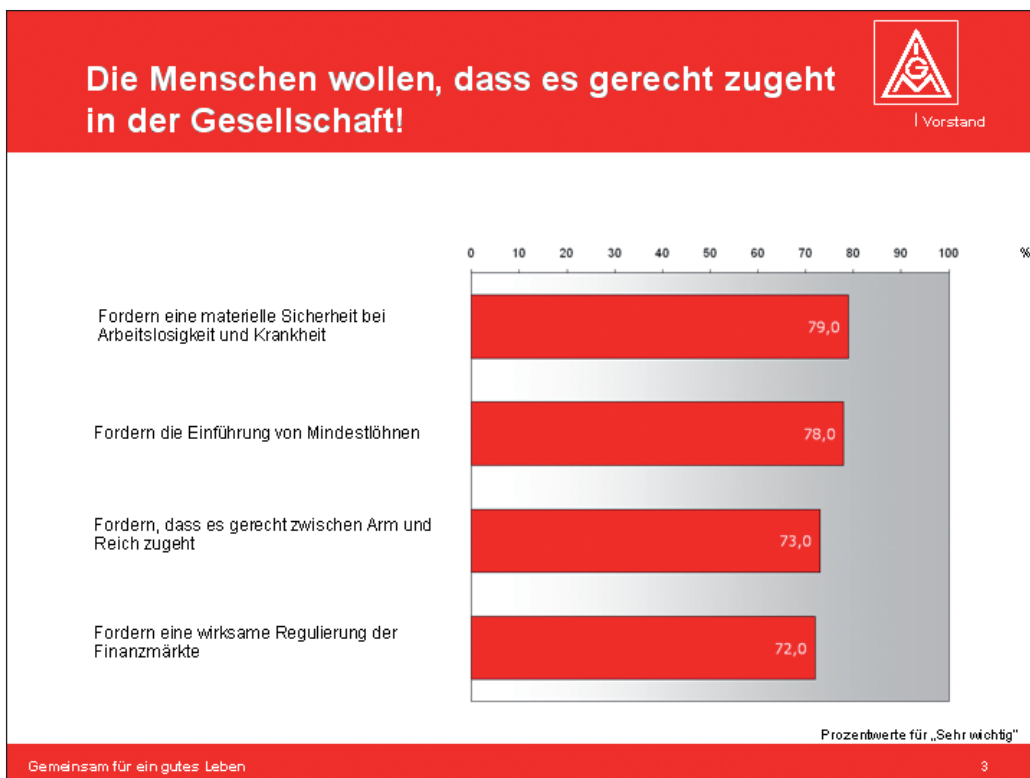
Wir stellen die Forderung nicht als politischer Gegner, sondern als große und starke Gewerkschaft, die jeden Tag mit den realen Verhältnissen konfrontiert ist und die das Votum ihrer Mitglieder und der Beschäftigten hat. Wir erwarten jetzt, dass die Meinungen und Anforderungen in praktische Politik zugunsten der Mehrheit der Menschen umgesetzt werden. Die Menschen wollen ein gutes Leben – die IG Metall fordert die Politik, dafür die Voraussetzungen zu schaffen.

Quantitative Ergebnisse

1. Die Menschen wollen, dass es gerecht zugeht in der Gesellschaft!

Gerechtigkeit ist nichts Abstraktes, sondern es ist Aufgabe staatlicher Regulierung, insbesondere – aber nicht nur – über sozialstaatliche Intervention Interessenlagen auszutarieren: Nur eine kohärente Gesellschaft kann gerecht sein. Gerechtigkeit ist ein zentraler Wert in unserer Gesellschaft und für die Menschen. Die Befragungsergebnisse zeigen deutlich, dass es ein weit verbreitetes gesellschaftliches Ungerechtigkeitsempfinden gibt.

Insbesondere Rentner (83%) und Erwerbslose (79%) fordern noch deutlicher als der Durchschnitt, dass es gerecht zugeht zwischen Arm und Reich. Arbeitnehmer fordern mit knapp 75% überproportional die wirksame Regulierung der Finanzmärkte. Die Einführung von Mindestlöhnen wird mit 87% am nachdrücklichsten von den Erwerbslosen eingefordert. Leiharbeiter und Befristete liegen mit 82% ebenfalls über dem Durchschnitt. Darin wird die besondere Betroffenheit dieser Gruppen deutlich.



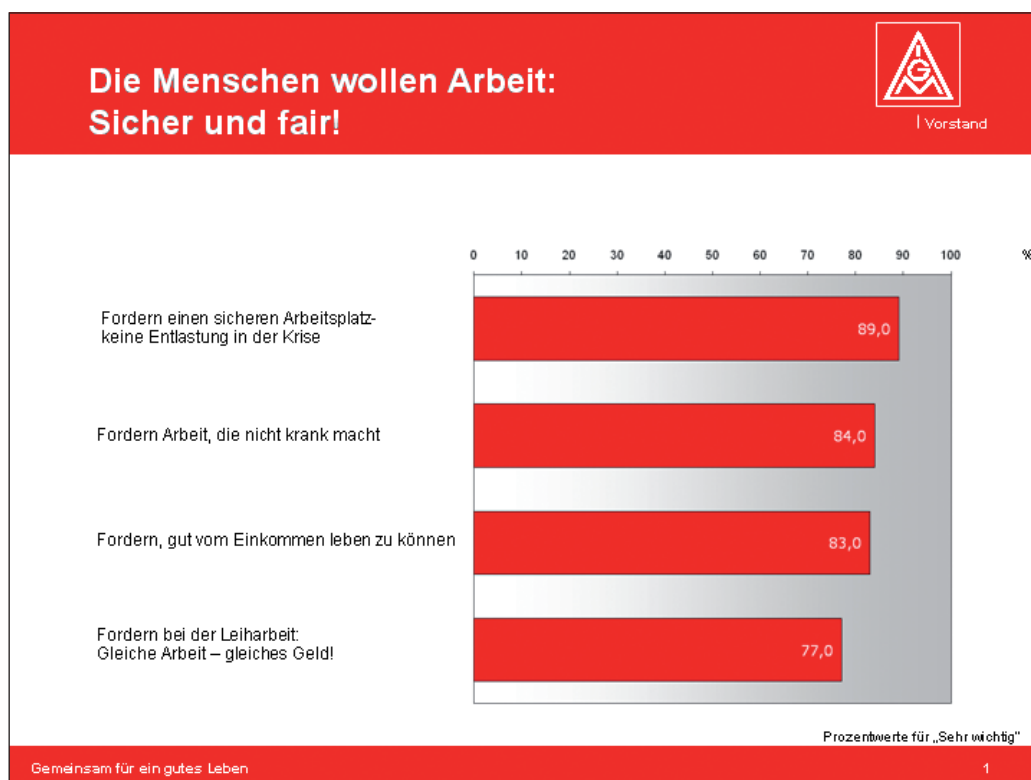
2. Die Menschen wollen Arbeit – sicher und fair!

Die Befragten wollen sichere Arbeitsplätze: Jetzt, in der Krise, wollen die Befragten nicht für die Fehler anderer und das Versagen des Marktes bezahlen.

Das ist aber nicht nur Folge der Wirtschaftskrise, sondern ein Grundbedürfnis. Die Befragten wollen „Gute Arbeit“, Arbeitsbedingungen, die ihre Gesundheit nicht gefährdet und ein auskömmliches Einkommen.

Die Menschen wollen, dass auch die Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen gerecht entlohnt werden und unterstützen die Forderung der IG Metall nach „Gleicher Arbeit – gleiches Geld“.

Es wird deutlich, dass die Erwerbstätigkeit in unserer Gesellschaft bestimmend für die Menschen ist. Der Weg hin zu atypischen und unsichereren oder prekären Beschäftigungsformen ist deshalb der verkehrte Weg.



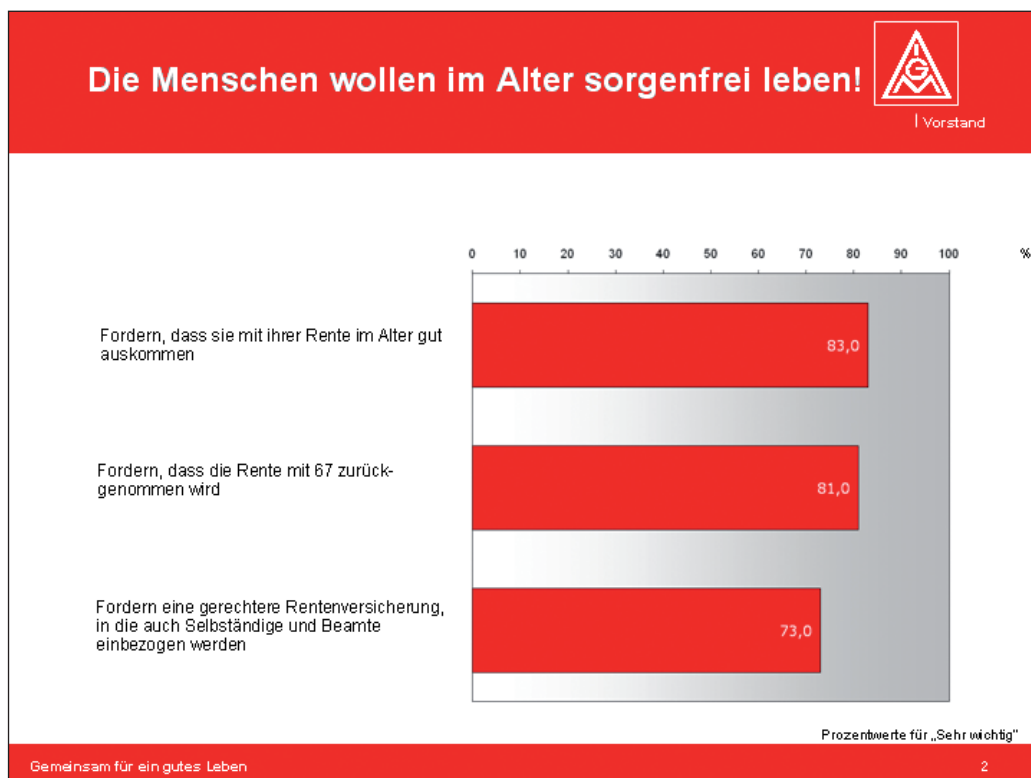
Auch immaterielle Aspekte sind den Menschen wichtig: Knapp 76% der Befragten halten auch für „sehr wichtig, dass die Leistungen der Arbeitnehmer anerkannt werden und für 67% ist auch „sehr wichtig“, dass ihre Arbeit ihnen Spaß macht; siehe „Anhang“.

3. Die Menschen wollen im Alter sorgenfrei leben!

Sicherheit im Alter ist den Menschen wichtig. Das gilt für alle Altersstufen: Auch für 69,4% der renten- und statusfernen Schüler und Studierenden ist es „sehr wichtig“, im Alter mit der Rente auszukommen.

Die Einführung der Rente mit 67 stößt auf die ausdrückliche Ablehnung der allermeisten Menschen: Zu 84% wollen die Arbeitnehmer, dass dieses Gesetz zurückgenommen wird.

Stattdessen wollen die Befragten mehr Gerechtigkeit auch in der Alterssicherung: Drei Viertel der Befragten wollen, dass künftig auch Selbständige und Beamte in die Rentenversicherung einbezogen werden.

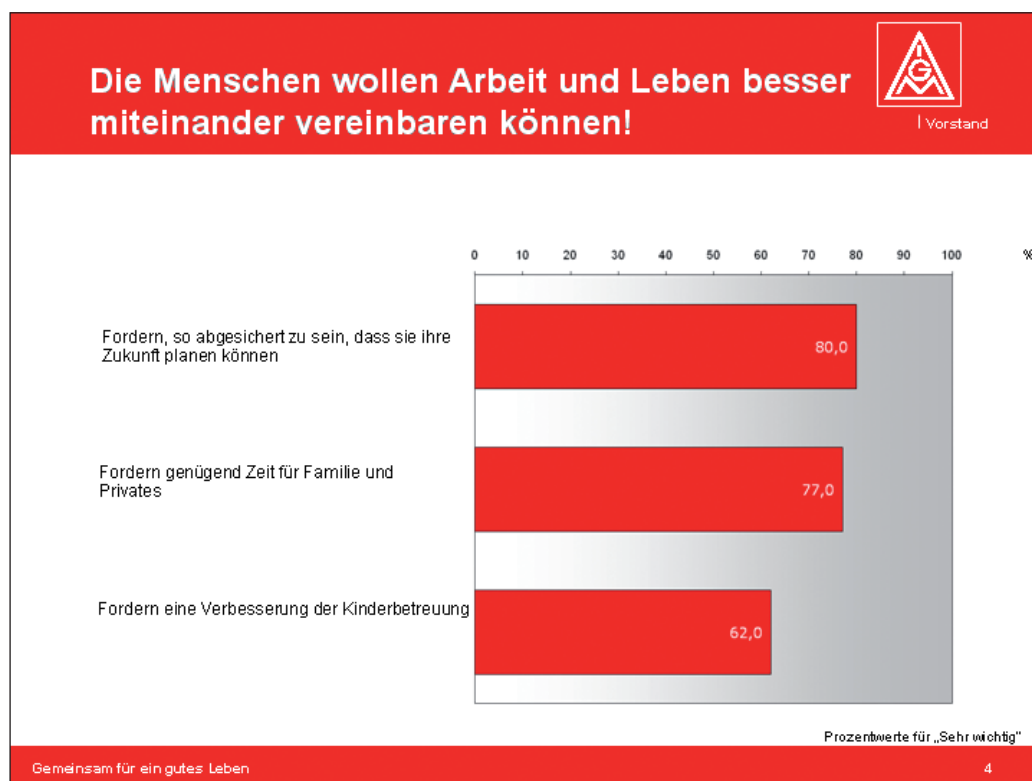


4. Die Menschen wollen Arbeit und Leben besser miteinander vereinbaren können!

Erwerbstätigkeit und Privatleben muss besser miteinander vereinbart werden können. Das setzt einen sicheren Job voraus, um die Zukunft – zum Beispiel mit Kindern – besser planen zu können. Um genügend Zeit für Familie und Privates zu haben, brauchen die Beschäftigten mehr Zeitsouveränität, um auf wechselnde Anforderungen des Lebens reagieren zu können und die Vereinbarkeit zu gewährleisten.

Qualitative und quantitative Verbesserung der Kinderbetreuung ist ein Muss, um Erwerbstätigkeit für alle Eltern(teile), insbesondere auch für Alleinerziehende, zu ermöglichen. Ausreichende und gute Kinderbetreuungsangebote sind die entscheidende Stellschraube, damit Kinder nicht zum „Armutsrisiko“ werden.

„Zeit für Familie und Privates“ ist für Männer (74,5%) und Frauen (77,6%) von vergleichbarer Bedeutung. Die Verbesserung der Kinderbetreuung wird aber von Frauen deutlich stärker (68%) als von Männern (58%) gefordert.



5. Die Menschen wollen eine gute Zukunft für ihre Kinder

Die Sicherung der Zukunft für die nächste Generation ist den Befragten besonders wichtig. Dabei überrascht auf den ersten Blick, dass die Rentner sich für die Interessen der Jungen besonders einsetzen: 82,5% – höchster Zustimmungswert – fordern „voll und ganz“, für qualifizierte Ausbildungsplätze die Unternehmen wirklich in die Pflicht zu nehmen und 75,5% – höchster Zustimmungswert – eine bessere Ausstattung der Kindergärten, Schulen und Hochschulen. 74,2% der Rentner – höchster Zustimmungswert – ist „sehr wichtig“, dass Bildungschancen gerecht verteilt sind. Dies schließt an die IG Metall-Jugendstudie an; auch in dieser Studie aus April 2009 hat die ältere Generation sich nachdrücklich für die Belange der Jugend stark gemacht.

Die Menschen denken langfristig: Für Klimaschutz, alternativen Energien und ökologisches Wirtschaften auch in der Krise sprechen sich gut zwei Drittel der Befragten aus! Auch dieser Forderung schließen sich die Rentner mit 66,5% am deutlichsten an.



Qualitative Ergebnisse

Mit ca. 180.000 Antworten haben die Befragten offensiv die Möglichkeit genutzt, mit der Beantwortung von zwei offenen Fragen unabhängig von vorgegebenen Antwortmöglichkeiten ihre persönliche Meinung zu sagen, ihre individuelle Forderung zu übermitteln. Damit wurde ein Ventil geöffnet, den Frust über „die da oben“ an die IG Metall zu übermitteln, der vertraut und zugetraut wird, die Meinung der Menschen gebündelt an die Politik heranzutragen.

Bei der offenen Frage „Für mich bedeutet ein gutes Leben“ waren die Tophemen:

- Gerechte, ausreichende Entlohnung
- Ausgewogenheit Arbeitszeit – Freizeit (Zeit für Familie)
- Gesundheit
- Alter in Würde ohne finanzielle Not
- Sicherer Arbeitsplatz
- Soziale Gerechtigkeit
- Frieden und Freiheit

Bei der offenen Frage „Meine persönliche Forderung an die Politik lautet“ waren die Tophemen:

- Leiharbeit verbieten/ gerechter gestalten
- Mehr Ehrlichkeit und Offenheit; Politik für die Bürger
- Rente mit 67 zurücknehmen, Renteneintritt nach Arbeitsjahren
- Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen
- Reglementierung/ Überwachung des Finanz- und Bankensektors
- Bedingungsloses Grundeinkommen für alle

Die folgenden Zitate sind nicht repräsentativ im wissenschaftlichen Sinn. Sie unterstreichen aber so deutlich wie individuell die Anforderungen der Befragten an ein gutes Leben und ihre Forderungen an die Politik:

„Für mich bedeutet ein gutes Leben: ...“

... dass wir alle eine gute Perspektive in unsere Gesellschaft haben und unsere Träume verwirklichen können. Auf Basis von Leiharbeit und Befristungen kann man keine sichere Zukunft aufbauen. Dafür setze ich mich ein.

... dass ich den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit erhalte, damit ich meine Zukunft besser gestalten kann.

... gesund in Rente gehen und bleiben.

... mit meiner Familie ein sicheres Leben zu führen, keine Zukunftsängste zu haben.

... wenn gegenseitiger Respekt gezollt wird und endlich wieder Gerechtigkeit – nicht nur gesprochenes Recht – in unserer teils kaputten Gesellschaft einzieht.

... dass es nicht nur Arm und Reich, sondern auch den Mittelstand wieder gibt.

... in eine sichere Zukunft schauen können. D.h.: Leben ohne Angst vor der Geldgier der Manager die für ihre Provisionen sowieso den „kleinen Mann“ über die Klinge springen lassen.

... keine Angst vor dem Alter haben müssen.

... dass endlich diejenigen dafür zur Verantwortung gezogen werden, die die gegenwärtige Krise verursacht haben. Und dass der Staat in diesen Bereichen die Kontrolle unter starker Beteiligung der Arbeitnehmer übernimmt.

... nicht permanent im Zwiespalt zwischen Job und Familie zu sein.

Ich habe mein Leben lang gearbeitet, größtenteils in Vollzeit (auch als meine drei Kinder noch klein waren), und trotzdem ist meine Rente so niedrig, dass ich jetzt auf Sozialhilfe angewiesen wäre, wenn nicht noch das Einkommen meines Mannes wäre. Für mich bedeutet ein gutes Leben, dass ein Mensch, der ein Leben lang in die Rentenkasse einzahlt, dann auch von dieser Rente leben kann und keine Angst haben muss, seine Miete nicht mehr zahlen zu können oder zur Tafel gehen zu müssen. So etwas ist menschenunwürdig und erniedrigend.

Gutes Leben ist aus meiner Sicht eine gute Balance zwischen Verpflichtung für die Gemeinschaft und Verpflichtung für mein eigenes Leben und das meiner Familie. Gutes Leben braucht Gerechtigkeit und Solidarität als wichtigste gesellschaftliche Werte.

„Für mich bedeutet ein gutes Leben: ...“

... trotz Vollzeitjob als Alleinerziehende noch genug Zeit für mein Kind zu haben. Mit meinem schwer-verdienten Einkommen ohne Unterstützung vom Staat auszukommen und mir auch eine Kleinigkeit zu gönnen. Es kann nicht sein, das man arbeitet und das nicht wenig und gerade mal so über die Runden kommt.

Es muss wieder ein Gleichgewicht hergestellt werden. Und eine Umverteilung von Reich zu Arm und nicht umgekehrt.

Unsere Politik ist gefragt – Altersarmut, Rente mit 67 usw. Wir müssen jetzt unbedingt Zeichen setzen, damit unsere Herren und Damen Politiker wach werden.

... mehr Mitbestimmung im Betrieb und Politik.

... Perspektiven zu haben, dass ich meinen Kindern ein lebenswertes Leben vorleben und bieten kann.

... die Auflösung von “ihr da oben und wir da unten“.

... Sicherheit – privat, gesellschaftlich und sozial. Das fängt bei der Betreuung meines Sohnes Bendix an und hört bei der Frage auf, ob ich es mir leisten kann, beim Zahnarzt nachschauen zu lassen, ob meine Zähne o.k. sind.

... dass meine Kinder für ihre Leistung beurteilt werden und nicht wegen ihrer sozialen Herkunft.

... die Vereinbarkeit von Pflicht und Kür: Job und Freundschaften, Hobbys, Zeit für Kultur, Lesen, Sport. Mein Job soll mich nicht so auslaugen, dass ich nach Feierabend tot ins Koma falle. Ich benötige positive Rückmeldung der Arbeit; meine Tätigkeit sollte wertgeschätzt werden. Ich möchte nicht wie in Studententage nach einer 45-h Woche am Monatsende jeden Euro umdrehen müssen, da das Geld ausgeht.

Demokratie ist auch die Freiheit der Bildung.

... ein Leben ohne Angst vor sozialem Abstieg.

... vor allem Sicherheit gegen soziale Risiken, sinnvolle Arbeit und Anerkennung und eine Life-Work-Balance.

... mit zwei Beinen fest im Leben zu stehen. Eine gute Ausbildung und Chancen auf einen Arbeitsplatz.

„Für mich bedeutet ein gutes Leben: ...“

... ein Chef, der meine Leistung anerkennt.

... unbefristete Übernahme für alle Azubis.

... dass wir auf ökologisch verträgliche (und dafür gerne auch etwas bescheidenere) Weise leben.

... dass Kinder in dieser Gesellschaft gefördert werden; Eltern sich auch Zeit für ihre Kinder und deren Erziehung/Förderung nehmen können.

Als Großvater ist mir sehr wichtig, dass meine Enkelkinder gute Bildungsmöglichkeiten haben und danach einen Arbeitsplatz bekommen, auf dem sie sich weiter entwickeln können.

Ein gutes Leben ist dann ein solches, wenn wir keine Sklaven von Lobbyisten sind, die unsere Demokratie nicht nur verwässern, sondern gefährden. Ein gutes Leben setzt eine funktionierende Demokratie voraus und davon sind wir in Deutschland meilenweit entfernt.

„Meine persönliche Forderung an die Politik lautet: ...“

Macht endlich Politik für die Mehrheit der Menschen.

Denkt an das, was ein Mensch zum Leben braucht und nicht an das, was die Wirtschaft möchte!

Das moderne Sklaventum, Leiharbeit, muss abgeschafft werden. Mindestlöhne auf gutem Niveau müssen eingeführt werden. Wer arbeitet, muss sein Leben davon bestreiten können.

Beamte müssen unbedingt in die Rentenversicherung einzahlen.

Unsere gewählten Volksvertreter sollen sich nicht vor den Karren der Wirtschaftsinteressen spannen lassen.

Wenn das Rentenalter niedriger wäre, dann hätten die Jungen Leute mehr Chancen auf einen Arbeitsplatz.

Macht endlich Politik für die Menschen – und nicht nur für Konzerne!

„Meine persönliche Forderung an die Politik lautet: ...“

Verbot von Hedgefonds, Zertifikaten und ähnlichem. Feste Zügel für Kapitalströme. Vernichtung überschüssigen Finanzkapitals. Entfernen der Bankvorstände und anderer Mitschuldiger an der Krise aus verantwortlichen Positionen und aus der Beeinflussung/Beratung der Politiker!

Kindertagesstätten, -horte weiter ausbauen und kostenlos zur Verfügung stellen. Zum jetzigen Zeitpunkt muss ich als Alleinerziehende ca. 300,- Euro für die Kosten aufbringen, damit ich arbeiten gehen kann.

Tut endlich etwas für die „kleinen Leute“, macht eure Politik nicht nur für die, die sowieso schon genug haben! Besinnt euch wieder, dass dies ein Sozialstaat ist.

Eine Bürgerversicherung, wo alle ohne Ausnahme einzahlen müssen. Ebenso soll es bei der Rente sein. Für alle Jugendliche eine gute qualifizierte Ausbildung. Arbeit für alle Menschen, dann ist auch Geld zur Genüge vorhanden. Unternehmer und Reiche sollen mehr in die Pflicht für das Allgemeinwohl genommen werden.

Die Basis muss wieder deutlich mehr gestärkt werden, insbesondere Familien mit Kindern. Auch der Umweltschutz und alternative Energien müssen viel stärker gefördert werden.

Für 45 Jahre Arbeit eine gerechte Rente ohne Abzüge.

Verstärkt die Ausbildung in Kindergärten, Schulen, Hochschulen und Betrieben zu fördern.

Hört auf die Stimme des einfachen Arbeiters, bezieht ihn bei Entscheidungen, die uns alle betreffen, mit ein. Mehr Mitspracherecht für alle!

Politik muss sich wieder an den Bedürfnissen der Mehrheit und nicht an den finanziellen Interessen einer Minderheit ausrichten. Deutschland muss wieder zu einem Sozialstaat werden und nicht zu einer Karikatur, wie es jetzt der Fall ist. Die Lasten müssen gerecht verteilt werden, was ganz klar heißt, dass ein Grossteil der sogenannten Reformen zu revidieren ist.

Wirtschaftskrise muss genutzt werden, auch die ökologische Krise zu meistern.

Lasst die junge Generation nicht im Stich.

Verpasst endlich den Banken und anderen Finanzjongleuren verbindliche Regeln.

„Meine persönliche Forderung an die Politik lautet: ...“

Kümmert euch endlich besser um die Ausbildung der Jugend, auch eure Zukunft hängt davon ab!!!

Die Werte aus unserem Grundgesetz wieder in Kraft setzen.

Kindergärten, Schulen, Hochschulen müssen (wieder) kostenfrei sein. Spitzensteuersätze müssen höher gesetzt werden, unter 2000 Euro keine Steuer erheben.

Endlich Politik für ALLE Menschen dieses Landes zu machen, für die sie schließlich die Verantwortung tragen, und nicht nur Lobbyisten und Wirtschaftsverbänden den Vorrang zu geben. Auch wir sind wichtig, denn schließlich bilden wir die große Zahl der Steuerzahler!

Langfristig und nachhaltig denken, planen und handeln! Mehr Inhalte, weniger Selbstdarstellung. Mehr Basisdemokratie, Bürger in Entscheidungsprozesse einbeziehen und mitarbeiten lassen.

Die Krisenverursacher sollten auch mit ihrem Privatvermögen haften.

Märkte stärker regulieren Finanzprofite heftig besteuern Binnennachfrage erhöhen durch Entlastung der breiten Schichten härtere Steuerprogression: unten stark entlasten, in der Mitte entlasten, oben stark belasten Arbeitszeiten stärker regulieren (maximieren!) „kleine“ Selbständige stärker fördern.

Bedingungsloses Grundeinkommen für alle.

Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um die Welt gerechter zu gestalten. Die Bürger müssen bei wichtigen Entscheidungen mit einbezogen werden.

Nicht die Politiker, sondern die Wirtschaftsbosse bestimmen, wohin der Zug fährt. Ist einmal wirtschaftlicher Schaden entstanden, so wie wir es z. Z. erleben, müssen immer die kleinen Leute die Rechnung dafür zahlen. (...) Die Bürgerinnen und Bürger haben den Glauben in unsere Politik verloren und ich auch.

Es kann nicht sein, dass es so viele junge Leute gibt, die keinen Ausbildungsplatz finden! Es muss sofort was getan werden und nicht immer sinnlos Versprechen geben!

Forderungen der IG Metall

Aus diesen Anforderungen der Menschen leitet die IG Metall folgende Forderungen an die Politik ab:

1. Die Menschen wollen, dass es gerecht zugeht in der Gesellschaft!

- Die IG Metall schlägt vor, die **Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I** für ältere Arbeitslose auf bis zu 36 Monate zu verlängern, um älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die arbeitslos werden, Hartz IV zu ersparen. Für die **Hartz-IV-Bezieher** und -Bezieherinnen sind die Regelsätze auf den von den Wohlfahrtsverbänden geforderten Betrag von 440 Euro zu erhöhen.
- Die IG Metall fordert, dass Branchen, in denen tarifliche **Mindestlöhne** vereinbart wurden, ins Entsendegesetz aufgenommen werden. Für die Branchen, in denen keine oder keine repräsentativen Tarifvertragsstrukturen existieren, muss eine Lohnuntergrenze gesetzlich verankert werden.
- Strategien im **Kampf gegen die Armut** müssen an der Erwerbsarbeit ansetzen: Der fortschreitenden Prekarisierung von Arbeit (insbesondere Befristungen und Leiharbeit) muss Einhalt geboten werden. Außerdem gilt: Je geringer die formale Bildung, desto höher das Armutsrisiko. Die soziale Selektion über den Bildungsbereich muss überwunden werden.
- Eine wirksame **Regulierung der Finanzmärkte** ist dringend notwendig. Dazu gehört eine demokratische und effiziente Finanzaufsicht auf internationaler Ebene ebenso wie die angemessene und international einheitliche Besteuerung von Finanztransaktionen.

2. Die Menschen wollen Arbeit – sicher und fair

- Die IG Metall fordert: **Keine Entlassungen in der Krise!** Mit Kurzarbeit und dem Bürgschaftsrahmen für Unternehmensfinanzierung stehen erste wirkungsvolle Instrumente zur Beschäftigungssicherung zur Verfügung. Das wird aber nicht ausreichen, zumal die Banken dringend notwendige Kredite verweigern. Deshalb fordert die IG Metall einen bundesweiten Beteiligungsfonds zur Unternehmenssicherung (public equity), mit dem die öffentliche Hand Beteiligungen an Unternehmen der Realwirtschaft übernehmen kann. Dieser Fonds muss mit mindestens 100 Mrd. € ausgestattet werden. Er wird durch eine Zukunftsanleihe auf große Vermögen finanziert.
- Die Krise verschärft den Druck auf die Menschen am Arbeitsplatz, z. B. durch wachsende Arbeitsintensität. Was die Betriebe heute beim Schutz von Gesundheit sparen, wird die Gesellschaft in Zukunft in Form von Krankheit, Erwerbsminderung und Arbeitslosigkeit zu zahlen haben. Die IG Metall

fordert ein Präventionsgesetz, das **Prävention und Gesundheitsförderung** als eigenständige Säule im Gesundheitssystem etabliert. Die betriebliche Gesundheitspolitik ist dringend aufzuwerten, die gesetzlichen Mindestanforderungen sind durchzusetzen.

- **Leiharbeit** ist kein Sprungbrett in den ersten Arbeitsmarkt, sondern wie die aktuelle Wirtschaftskrise zeigt, eine der unsichersten Beschäftigungsformen überhaupt. Die IG Metall fordert, dass Leiharbeit begrenzt wird. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss geändert werden. Ab dem ersten Tag der Beschäftigung muss im Entleihbetrieb das Prinzip der Gleichbehandlung beim Entgelt und den übrigen Arbeitsbedingungen gelten. Ausnahmen darf es nur für tarifgebundene Entleihbetriebe auf der Basis eines repräsentativen Tarifvertrages für die Dauer einer dort definierten Einarbeitungszeit geben. Das abgeschaffte Synchronisationsverbot ist wieder einzuführen, d. h. Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen dürfen nicht entlassen werden, wenn der Einsatz im Entleihbetrieb beendet ist. Die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats im Entleihbetrieb sind zu stärken.

3. Die Menschen wollen im Alter sorgenfrei leben

- Die Lebensleistung von Menschen wird entwertet, wenn die Rente nicht zum Leben reicht. Die IG Metall fordert, dass die gesetzliche Rente wieder einen deutlich höheren Beitrag zur **Sicherung des Lebensstandards** im Alter leistet. Dabei kommt auch der betrieblichen Altersversorgung ein Teilauftrag zu. Deshalb fordert die IG Metall eine Pflicht der Arbeitgeber, Beschäftigten eine betriebliche Altersversorgung anzubieten oder, wo dies nicht möglich ist, sich an der Privatvorsorge der Arbeitnehmer zu beteiligen.
- Die **Rente mit 67** stellt die Menschen vor ein großes Problem: Schon heute können die wenigsten bis 65 arbeiten, weil ihre Gesundheit das nicht mitmacht. Deshalb fordert die IG Metall flexible Übergänge bis zum und vor dem 65. Lebensjahr. Aufgrund der Wirtschaftskrise und zur Entlastung des Arbeitsmarktes schlägt die IG Metall ein „Sofortpaket Beschäftigungsbrücke“ vor. Ältere Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen müssen zugunsten von jüngeren Menschen früher in Rente gehen können. Die auslaufende öffentliche Förderung der Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit muss auch nach 2009 fortgesetzt werden.
- Die IG Metall will die **schrittweise Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung**. Auch Selbständige, Politiker und Beamte müssen dann Beiträge zahlen. Das ist solidarisch und ein Gewinn für die gesamte Gesellschaft.

4. Die Menschen wollen Arbeit und Leben besser miteinander vereinbaren können

- Um Beruf und Familie bzw. Privatleben besser miteinander vereinbaren zu können, sind neue Arrangements für lebensweltliche Perspektiven zu treffen. Das Ziel muss dabei sein, verbindliche **Zeitsouveränität für Beschäftigte** sicherzustellen: Die Menschen wollen und brauchen planbare Zeiten für Familie und Freunde, für Kultur und Sport, für bürgerschaftliches, politisches und soziales Engagement. Die vielfältigen Tätigkeiten des Lebens dürfen nicht nur nacheinander – oder gar nicht – sondern müssen nebeneinander ausgeübt werden können.
- Wir fordern deshalb unter dem Leitbild „**Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Privatleben**“ sämtliche gesetzlichen und betrieblichen Normen und Regulierungen zu überprüfen und zu modifizieren.
- Wir fordern überdies die flächendeckende Verfügbarkeit qualitativ hochwertiger ganztägiger Betreuungseinrichtungen für Kinder jeden Alters, wohnortnahe Beratungsangebote sowie ein bedarfsgerechtes Angebot von Pflegedienstleistungen.

5. Die Menschen wollen eine gute Zukunft für ihre Kinder

- Jugendliche benötigen ein **ausreichendes Angebot an vollqualifizierenden betrieblichen Ausbildungsplätzen**. Auch die Anstrengungen des Ausbildungspakts haben nicht dazu geführt, jedem Bewerber einen Ausbildungsplatz anzubieten. Freiwillig übernimmt die Wirtschaft keine gesellschaftliche Verantwortung. Deshalb brauchen wir eine gesetzliche Umlagefinanzierung.
- Die IG Metall fordert ein **Investitionsprogramm zur besseren Ausstattung** und Förderung von Ganztagskindergärten, flächendeckende Ganztagschulen, eine Ausweitung des BAföG und Wiedereinführung des Schüler-Bafög und die Abschaffung aller Bildungsgebühren vom Kindergarten bis zur Hochschule. Mit mehr Investitionen in die Bildung lässt sich auch die ungleiche Verteilung von **Bildungschancen** bekämpfen. Gerade für die Schulen gilt: Sie sind nach wie vor ständisch organisiert, d. h.: Der Bildungserfolg orientiert sich am Einkommen und dem beruflichen Status der Eltern. Deshalb fordert die IG Metall eine „gute Schule für Alle“.
- Eine wirkliche **Bildungsreform** lässt sich nicht im föderalen Nebeneinander lösen, sondern nur durch eine nationale Bildungsstrategie von Bund, Ländern und Kommunen. Außerdem fordern wir ein Bundesgesetz für Weiterbildung, das rechtlich garantierte Lernzeiten, mehr Beratung, die Finanzierung und eine bessere Qualitätssicherung und Zertifizierung regelt.
- Der **Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen** ist eine wesentliche globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Die IG Metall fordert, Klimaschutz, Ressourceneffizienz und den Umstieg zu regenerativen Energien durch verbindliche gesetzliche Normen und eine gezielte Förderpolitik voranzutreiben.

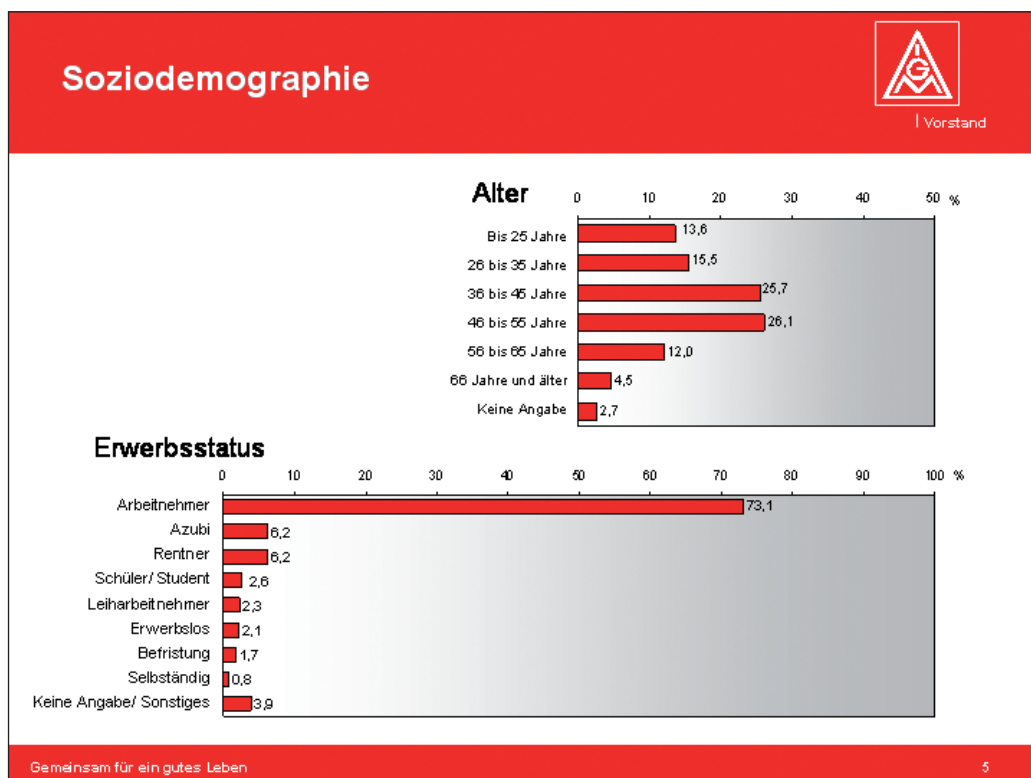
Anhang

Methode und Studiendesign

Der Fragebogen bestand aus einem beidseitig bedruckten Blatt und konnte in 3 bis 5 Minuten ausgefüllt werden. Die Befragung wurde anonym durchgeführt. Die Auswertung hat das unabhängige Institut Sociotrend GmbH mit Sitz in Leimen durchgeführt; Infos unter: www.sociotrend.com

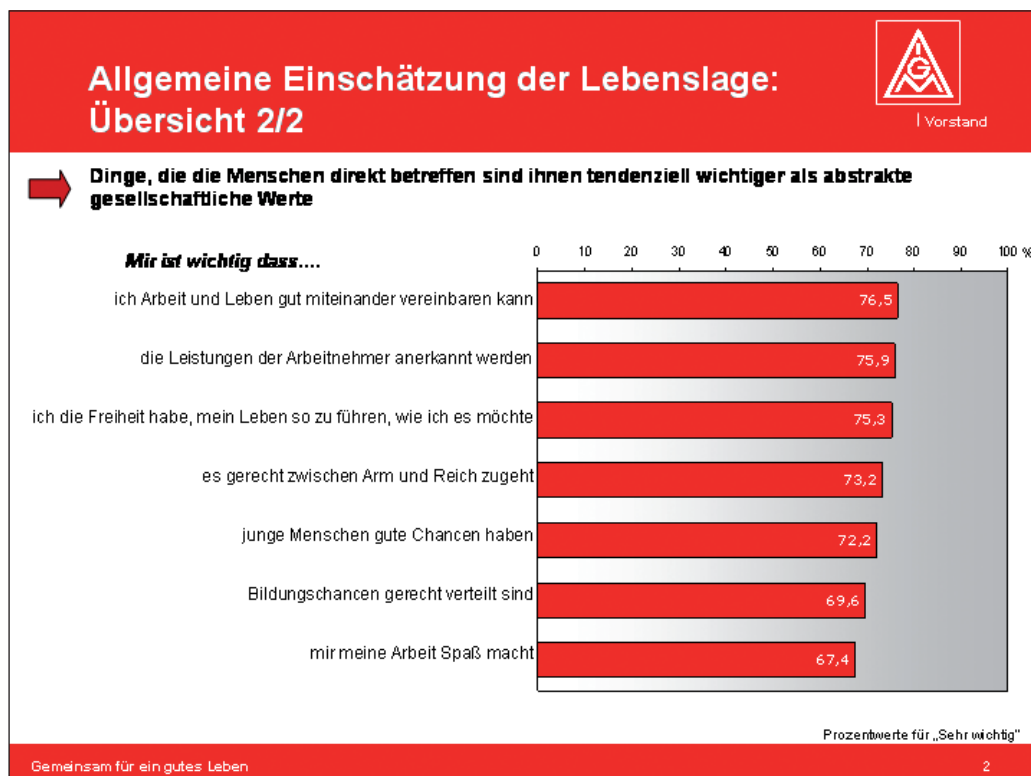
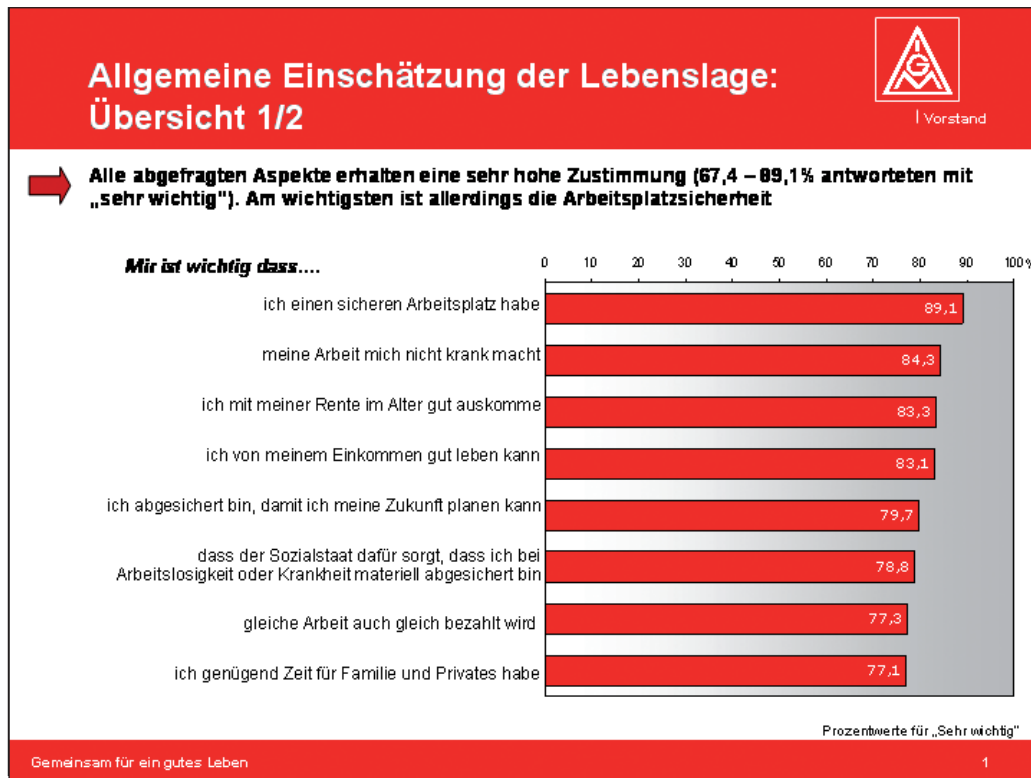
An der Befragung haben sich mehr als 450.000 Menschen beteiligt. Die meisten Fragen waren als Aussagen formuliert, denen man auf einer vierstufigen Skala zustimmen konnte. Daneben konnten die Befragten ihre Meinung anhand zweier offener Fragen auch frei äußern. Ca. 180.000 Antworten liegen vor.

Einige wenige soziodemographische Angaben schlossen die Befragung ab:



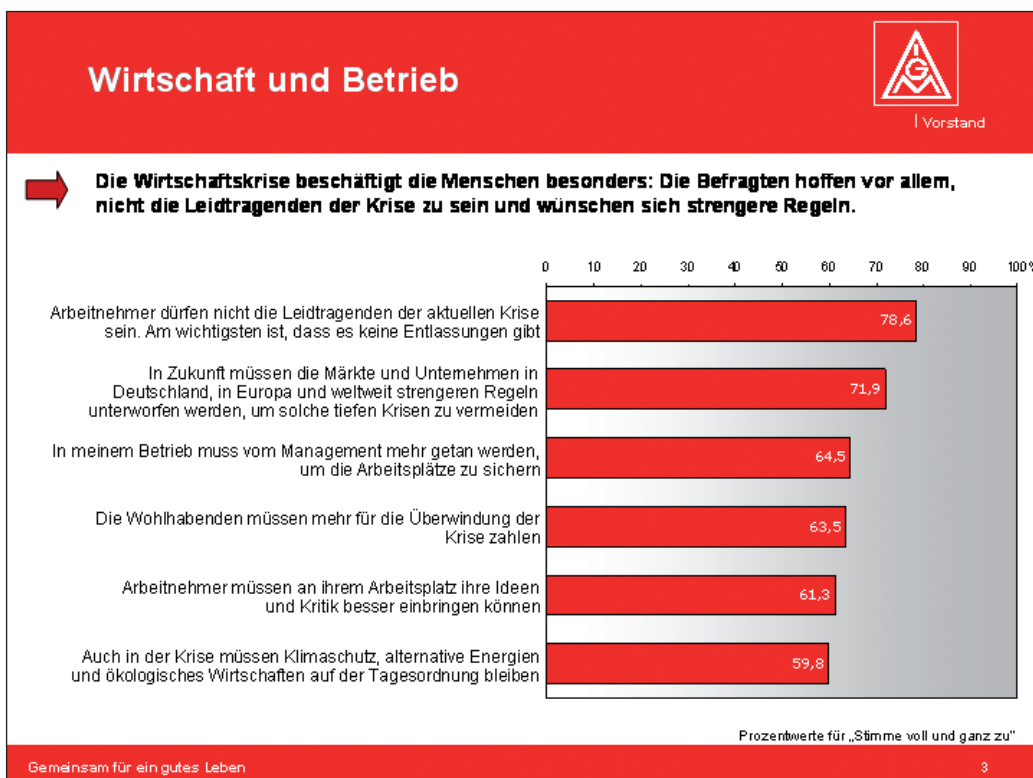
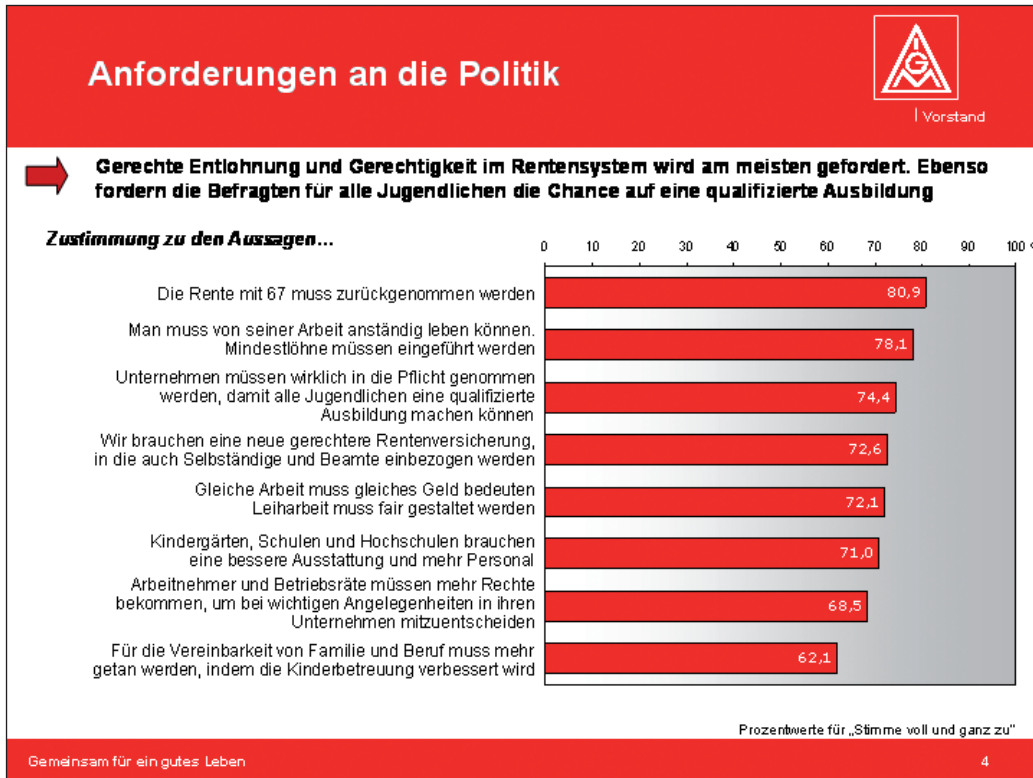
Etwa drei Viertel der Befragten geben an, Arbeitnehmerin bzw. Arbeitnehmer zu sein. Dies korrespondiert mit dem hohen Rücklauf aus den Betrieben im Organisationsbereich der IG Metall.

Übersicht über alle quantitativen Ergebnisse der Befragung





Übersicht über alle quantitativen Ergebnisse der Befragung



GEMEINSAM FÜR EIN
GUTES LEBEN

